



Jill Stein zu Syrien, der Ukraine & Trumps Militarisierung der NATO

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Wir haben kürzlich unsere Crowdfunding-Kampagne gestartet, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus auch im Jahr 2025 fortsetzen können. Unterstützen Sie uns noch heute:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:

www.patreon.com/acTVism

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse, ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bevor wir mit diesem Video beginnen, möchte ich Ihnen das dieswöchige Update zu unserer Crowdfunding-Kampagne bekannt geben. Bis zum 7. Januar haben wir dank 1.805 Spendern 50.700 € erreichen können, was etwa 92% unseres Crowdfunding-Ziels entspricht. Bis zum 10. Januar haben wir uns zum Ziel gesetzt, 55.000 € zu erreichen. Es bleibt also nur noch ein Tag. Falls Sie dieses Video nach dem 10. Januar ansehen, können Sie trotzdem noch zu

unserer Crowdfunding-Kampagne beitragen, da wir die endgültigen Ergebnisse am Montag, dem 13. Januar, bekannt geben werden. Wenn alle unsere 155.000 Abonnenten oder nur die Anzahl der Personen, die dieses Video ansehen, heute spenden würden, könnten wir unser Crowdfunding-Ziel mühelos erreichen. Sollte das Crowdfunding-Ziel überschritten werden, würden wir den Mehrbetrag in die Verbesserung der Arbeitskapazitäten der Organisation investieren, was konkret bedeutet: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder, was wiederum zur Produktion von mehr Interviews, Berichten und Dokumentationen mit besserer Qualität führen wird, sowohl in Bezug auf die Produktion als auch auf den redaktionellen Wert. Die Links zu allen Spendenplattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos weiter unten. Ich danke Ihnen für Ihre Großzügigkeit und Ihre Unterstützung. Heute spreche ich mit der Ärztin, Aktivistin und Politikerin Dr. Jill Stein. Dr. Jill Stein kandidierte auch bei den Präsidentschaftswahlen 2012, 2016 und 2024 in den Vereinigten Staaten als Präsidentschaftskandidatin für die Grüne Partei. Dr. Jill Stein, willkommen zurück in der Show.

Jill Stein (JS): Es ist toll hier zu sein, Zain.

ZR: Bevor wir auf aktuelle Themen eingehen, möchte ich zunächst auf die US-Präsidentschaftswahlen 2024 zu sprechen kommen. Während der Wahl 2016 erhielten Sie 1,4 Millionen Stimmen bzw. 1,06 % der Wählerschaft. Bei der jüngsten Wahl sank dieser Wert jedoch auf 782.528 Stimmen bzw. 0,5 % der Wählerschaft. Im Vorfeld der Wahl distanzierten sich Grüne Parteien in 16 europäischen Ländern, darunter Deutschland und die Ukraine, von Ihrer Partei und erklärten, es gäbe keine Verbindungen zwischen den Grünen in Europa und in den USA. Sie veröffentlichten die folgende Erklärung, die ich hier zitieren möchte: „Wir vertreten die klare Auffassung, dass Kamala Harris die einzige Kandidatin ist, die Donald Trump und seine antidemokratische autoritäre Politik am Einzug ins Weiße Haus hindern kann.“ Einige könnten diesen Rückschlag der Grünen auf interne Streitigkeiten innerhalb Ihrer Partei oder ein allgemein nachlassendes Interesse an Klimafragen zurückführen, ein Trend, den wir in westlichen Ländern beobachten. Andere sehen darin ein weiteres Zeichen für die wachsende Macht der Medien und des politischen Establishments, die eine vollständige Marginalisierung von Stimmen wie der Ihren ermöglicht haben. Was ist Ihrer Meinung nach die Bedeutung Ihres Wahlergebnisses?

JS: Das Wahlergebnis hat meiner Meinung nach gezeigt, wie manipuliert und verfälscht diese Wahl war. Schlimmer als alles, was ich je erlebt habe, und ich habe dreimal für das Präsidentenamt kandidiert. Dies war bei Weitem die intensivste Ausübung reiner Propaganda, Zensur und Verleumdungskampagnen. Positiv war, dass die Grünen von allen alternativen Parteien am besten abgeschnitten haben. Es ist also nicht so, dass nur die Grünen einen Rückschlag erlitten haben. Alle haben verloren. Aber wir haben in der relativen Stärke der Parteien tatsächlich aufgeholt und sind als stärkste alternative Partei hervorgegangen. Und die Demokraten oder besser gesagt die antidemokratische Partei hat bei dieser Wahl alle Register gezogen, um die Demokratie wirklich zu unterdrücken und die Menschen an der Erkenntnis zu hindern, dass sie eine Wahl haben. Das Fazit ist, um es einfach auszudrücken, dass Menschen in Amerika wie überall auf der Welt, aber in Amerika besonders, große

wirtschaftliche Unterschiede erleben. Wir haben eine wirklich starre, mächtige Oligarchie, die im Geld schwimmt und enorme wirtschaftliche und politische Macht ausübt. Die Lebensbedingungen der Durchschnittsbürger, der arbeitenden Bevölkerung, sind in diesem Land sehr, sehr schlecht. Wir haben keine Gesundheitsversorgung, auf die wir zurückgreifen können. Wir haben keine kostenlose öffentliche Hochschulbildung und dergleichen. Hier muss man für alles tief in die Tasche greifen. Und die Statistiken sind düsterer denn je. Etwa 66 % aller Amerikaner leben derzeit von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck. Die Hälfte aller Amerikaner hat Mühe, ein Dach über dem Kopf zu behalten. Etwa 40 % aller Amerikaner geben an, dass sie kaum ihre Grundausgaben decken können. Die Menschen sind also in einer sehr schlechten Verfassung. Und damit einher geht eine enorme und wachsende Nachfrage nach politischen Alternativen. Aber diese werden sehr sorgfältig unterdrückt und dem amerikanischen Volk vorenthalten. Also keine Debatten, keine Berichterstattung in den Leitmedien, wobei es mittlerweile schlimmer ist als je zuvor; selbst unsere sogenannten progressiven Medien haben größtenteils nicht darüber berichtet. Selbst Democracy Now hat uns erst in den letzten zwei Monaten des Wahlkampfes berücksichtigt. Und das ist sehr ungewöhnlich. Wir haben also gerade erlebt, wie die Art von Würgegriff der Zensur und der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle unser gesamtes politisches System wirklich in die Zange genommen hat. Dies war der erste Wahlkampf, in dem wir zum Auslöser wurden, oder sollten wir es anders ausdrücken ... Dies war das erste Mal, dass die Demokraten das Gefühl hatten, eine Werbekampagne gegen einen Drittkandidaten durchführen zu müssen. So viel Angst hatte man. Begonnen hat es nach unserem Auftritt bei The Breakfast Club. Ich empfehle Ihren Zuschauern, sich The Breakfast Club mit mir und meinem Mitstreiter Butch Ware anzusehen. Das Publikum war sehr hip, Schwarz und jung und hatte noch nichts von unserer Kampagne gehört. Wir wurden von den Kampfhunden der Demokratischen Partei, die an dem Interview teilnahmen, angegriffen, und haben uns vehement gewehrt. Und wenn Sie die Kommentare lesen, werden Sie sehen, dass ein Zuschauer nach dem anderen – es sind mittlerweile 20.000 dieser Kommentare – im Grunde alle dasselbe sagen, nämlich: „Oh mein Gott, ich wusste nicht, dass es tatsächlich einen Kandidaten gibt, der meine Meinung vertritt. Und ich wollte nicht wählen gehen, jetzt aber werde ich die Grünen wählen“. Wir sind nicht nur eine Partei für Umwelt, Klima und saubere Luft. Vielmehr sind wir eine Partei, die sich für Arbeitnehmerrechte, gegen Krieg, für den Klimanotstand und gegen Völkermord einsetzt. Wir sind auch für Reparationen und Gesundheitsversorgung für alle. Wir vertreten einen sehr prinzipientreuen Standpunkt in Bezug auf das, was wir zum Überleben brauchen. Und das sind sowohl Luft und Wasser und ein Klima, aber auch ein Dach über dem Kopf, Essen auf dem Tisch, hochwertige Arbeitsplätze und vieles mehr, eine wahre Demokratie. Auf jeden Fall hat diese Wahl gezeigt, dass Leute wütend kämpfen. Die Demokraten führten nicht nur Werbekampagnen durch, sie verfügten über einen ganzen sogenannten Kriegsraum. Sie betrieben einen Kriegsraum, dessen Budget höher war als unsere gesamte Kampagne. Und in ihrem Kriegsraum führten sie im Grunde genommen Verleumdungskampagnen durch. Sie riefen die Presse an, verfolgten unseren Zeitplan und bevor wir ein Interview führten, wandten sie sich an die Presse und versuchten, sie mit Verleumdungsinformationen zu füttern. Tavis Smiley hat mich darüber informiert. Tavis Smiley ist ein progressiver unabhängiger Journalist, der größtenteils demokratisch ist. Aber er war sehr verärgert darüber, dass die DNC versuchte, das Interview im Grunde zu kontrollieren. Sie führten also

diese Verleumdungskampagne mit großem Aufwand gegen uns durch. Sie warben auch für Infiltratoren und Spione, die Bericht erstatten und unsere Kampagnen stören sollten. Wir haben sie schon früher beim Versuch überführt, aber wir haben noch nie gesehen, dass sie tatsächlich Leute anwerben, die Spione und Infiltratoren steuern. Das hat uns wirklich bestätigt, womit wir es zu tun haben, was wir schon seit geraumer Zeit vermutet haben. Zudem investierten sie Unsummen in eine Armee von Anwälten, die im Grunde genommen Rechtskrieg betrieben. Das ist eine sehr prinzipienlose Manipulation des Gesetzes, die auf Details basiert, die einen bloßstellen sollen, und nicht auf dem Sinn und der Absicht des Gesetzes. Und das taten sie auf Anweisung, um uns aus dem Wahlkampf zu drängen. Es ging nicht nur um uns. Es ging auch um PSL, die Partei des Sozialismus und der Befreiung, und Cornel West. Es ging um uns drei. Und dann auch Robert F. Kennedy, obwohl er in einer anderen Kategorie anzusiedeln ist – ich halte ihn nicht für einen Antikriegs- oder basisdemokratischen Kandidaten. Er ist eine Art Sonderfall. Aber nichtsdestotrotz fühlten sich die Demokraten von ihm ernsthaft bedroht. Er war also anfänglich Teil dieses Kriegsraums. Und als er dann seine Kandidatur zurückzog und keine Bedrohung mehr für die Demokraten darstellte, konzentrierten sie sich weiterhin hauptsächlich auf unsere Kampagne. Wir wurden als die größte Bedrohung wahrgenommen. Und ich habe keinen Zweifel daran, dass dies auch nach der Kampagne noch so ist, denn sie sind verwundbarer denn je. Das Ergebnis dieser Wahl ist ein wirklich sehr klarer Beweis für die Unfähigkeit der Demokraten, den republikanischen Extremismus zu bekämpfen. Sie sind nicht in der Lage, den aufkommenden Faschismus zu bekämpfen. Auch sind sie nicht fähig, Völkermord zu bekämpfen. Sie begehen Völkermord und betreiben Zensur und führen Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung und das Klima und die Umwelt. So hat sich herausgestellt, dass die Demokraten der Aufgabe einfach nicht gewachsen sind und die Amerikaner immer mehr in Bedrängnis geraten. Wir kommen also mit einem Gefühl der Euphorie aus diesem Prozess heraus. Und ein letzter Punkt: Wir haben sehr starke Verbindungen zu ganz neuen Wählerschaften geknüpft, insbesondere zur Welt der arabischen und muslimischen Amerikaner. Wir haben im Kampf gegen den Völkermord eine echte Gemeinschaft gefunden, auch mit Studenten und der Widerstandsbewegung auf dem Campus, dem Widerstand gegen den Völkermord. Ebenso mit der Schwarzen Befreiungsbewegung, der Schwarzen Gemeinschaft, die in keiner Weise mit der Demokratischen Partei verbunden ist, und der Gemeinschaft, die Entschädigungen für die Nachkommen versklavter Menschen fordert. Es entstanden also wirklich starke Bindungen, die weiterbestehen und eine wirklich starke Basis für die weitere Organisation bieten. Denn das Imperium und seine Eliten stürzen vor unseren Augen ein und gehen in Flammen auf. Die Frage ist nur, wann wir den Wendepunkt erreichen.

ZR: Jill, es ist sehr inspirierend, Ihre positive Einstellung zu erleben. Allerdings scheinen die Stimmen und Bewegungen der Kriegsgegner und Progressiven weltweit abzunehmen. Man kann argumentieren, dass globale Kriege und Ungleichheit die Hauptursachen für Migration sind, ein Thema, das sowohl in der EU als auch in den Vereinigten Staaten in den Mittelpunkt gerückt ist. Die Stimmen, die argumentieren, dass Menschen ihre Heimat, ihre Familien und ihre Gemeinschaften nur verlassen und ihr Leben aufs Spiel setzen, indem sie Tausende von Kilometern in andere Länder reisen, wenn sie dazu gezwungen sind, verlieren an Boden,

während die Stimmen, die argumentieren, dass diese Menschen in Eigeninitiative auswandern, um unsere eigene Kultur zu zerstören, immer lauter werden. Nehmen wir zum Beispiel Deutschland, ein Land, das Millionen von Flüchtlingen aufnimmt, von denen die meisten aus Ländern stammen, in denen die USA involviert sind, sei es Afghanistan, Syrien, Irak oder die Ukraine. Ich denke, dass eine gemeinsame Basis zwischen Linken und Rechten in der Migrationsfrage erreicht werden könnte, wenn westliche Kriege und Interventionen sowie die globale Ungleichheit in den Vordergrund gerückt würden. Das bedeutet nicht, dass wir nicht kurzfristig eine vernünftige Migrationspolitik verfolgen können. Aber wenn wir Migration zum einzigen Thema machen, dann scheint es mir, dass wir uns lediglich auf die Behandlung der Symptome konzentrieren, ohne jemals die Ursache anzusprechen. Wie sehen Sie die Zukunft der Antikriegsbewegungen? Haben wir einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt, oder gibt es noch Hoffnung für die Zukunft?

JS: Absolut. Meiner Meinung nach handelt es sich um eine psychologische Operation. Im Grunde genommen soll man davon überzeugt werden, dass man hoffnungslos ist, dass man machtlos ist, dass Widerstand zwecklos ist. Wenn man sich aber die aktuellen Geschehnisse genauer ansieht, erkennt man eine Reaktion der Rechten auf den Neoliberalismus. Das liegt daran, dass die progressiven Bewegungen wirklich unterwandert wurden. In diesem Land geschieht dies durch das große Geld. Es ist das große Geld und die Kontrolle der Konzerne. Und ich nehme an, dass dies überall in unterschiedlichem Maße geschieht. Es gibt das amerikanische Paradigma, das politisch wirklich die Oberhand gewonnen hat, und die neoliberale Agenda der Demokratischen Partei in diesem Land, die universalisiert wurde, sicherlich in Europa. Aber man muss sich ansehen, was passiert, wenn die Progressiven den Neoliberalismus durchbrechen können. Das Problem ist, dass die Progressiven in den Neoliberalismus hineingezogen werden und sich nicht wirklich für eine funktionierende Volksagenda einsetzen. Und wir erleben dies in einem Land nach dem anderen. Aber betrachten wir zum Beispiel Mexiko. Dort gibt es die sogenannte Morena-Partei – die gibt es erst seit etwa 14 Jahren, und sie hat gerade einen Aufschwung erlebt, was zum Teil auf die Reform der Wahlkampffinanzierung und die Medienreform in Mexiko zurückzuführen ist, wodurch Oppositionsparteien Gehör finden konnten. Aber man traf die Entscheidung, die kleinen Parteien der Linken zusammenzubringen. Und als sie sich vereinigt hatten, waren sie auf Erfolgskurs. Und AMLO, Lopez Obrador, hat gerade seine fünfjährige Amtszeit beendet, wenn ich mich nicht irre. Ich habe vergessen, ob es fünf oder sechs Jahre waren. Das ist eine ordentliche Amtszeit. Und er ging mit einer Zustimmungsrate von etwa 80 % aus dem Amt. Das ist enorm. Nicht, dass er keine Probleme gehabt hätte, aber die Menschen unterstützen ihn. Und Morena ist eine echte Volkspartei. Seine Nachfolgerin, Claudia Sheinbaum, gewann mit einer überwältigenden Mehrheit von etwa 60 %. Und zum ersten Mal gewann Morena eine Mehrheit in einem ihrer Häuser, sie haben zwei Häuser, und eine knappe Zweidrittelmehrheit in den anderen. Sie werden also dieses Mal viel mehr Macht haben. Und ich glaube, sie haben alle Ämter der Gouverneure gewonnen. Mexiko wurde, wie Sie wissen, etwa 60 oder 70 Jahre lang von einer neoliberalen Partei, der PRI, regiert. Irgendwann hatten die Menschen die Korruption einfach satt. Und weil Parteien der Reichen in der Regel den Vortritt haben, weil sie über die Mittel verfügen, ihre Botschaft zu verbreiten, kam als Nächstes eine konservative Partei an die Macht, die PAN. Aber auch sie stieß im Grunde auf

die gleichen Korruptionsprobleme. Konservative Parteien können die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, nicht lösen. Und so kam Morena an die Macht. Es ist interessant, wie diese neoliberale Regierung erst konservativ wurde, bevor die Menschen die Nase voll hatten und sie sehr progressiv wurde. Das ist ein großartiges Paradigma. Oder schauen Sie sich zum Beispiel Frankreich an, wo die extreme Rechte im Begriff war, die Parlamentswahlen zu gewinnen – das ist ein paar Monate her – und die kleinen Parteien der Linken sich zusammengetan haben und die Rechte aus dem Rennen geworfen haben. Das zeigt, dass das Problem in unserem Wahlsystem liegt, das die öffentliche Meinung nicht wirklich erfasst, und dass das System überholt werden muss. Das System muss umgestaltet werden. Und wenn wir das große Geld aus dem Spiel nehmen können, wenn wir kostenlose Sendezeit bekommen können, gleiche Sendezeit, solche Möglichkeiten... Und in Mexiko gibt es tatsächlich Obergrenzen für die Wahlkampffinanzierung. Das ist erstaunlich. In diesem Land gibt es derzeit keine Obergrenze für Wahlkampffinanzierung. Egal, wie viele Milliarden Sie spenden möchten, Sie können dies über einen Super-PAC oder über verdeckte Geldquellen tun. Wir haben es also mit Korruption im großen Stil zu tun, und die Menschen sind es wirklich leid, weshalb die Demokraten von unserer Partei so bedroht sind, denn wir bieten genau das, wonach die Menschen verlangen. Und sie fürchten, die Ereignisse im Breakfast Club könnten zur Regel werden, sobald sich das herumspricht. Und die Zeiten werden immer verzweifelter, sodass das Potenzial, einen Durchbruch zu erzielen, immer größer wird. Und zum Thema Einwanderung, um Ihre Frage dazu zu beantworten: Unser Ansatz in Bezug auf Immigration besteht darin, die Ursache der Einwanderungskrise zu beseitigen, denn das ist das Wichtigste, was wir tun können, um die Krise zu lösen. Durch endlose Kriege, durch Operationen zum Regimewechsel, durch ungezügeln Klimawandel und die Zerstörung der Existenzgrundlage von Landwirten, die beispielsweise viele derjenigen sind, die in die USA zuwandern, denn Millionen von Landwirten wurden durch den Klimawandel arbeitslos. Die Drogenkriege: Wir können den Krieg gegen die Drogen hier in diesem Land beenden – wir finanzieren ihn auch über die Grenze hinweg – indem wir einfach die Kriminalisierung aufheben und unsere Finanzierung für den Krieg gegen die Drogen einstellen. Dadurch können wir das Einkommen der Drogenkartelle massiv kürzen und die Drogenkartelle als Hauptantriebskraft für Migrationskampagnen beseitigen. Das ist also keine Raketenwissenschaft. Einfach Integrität zeigen und tatsächlich auf die Wünsche und Forderungen der Menschen eingehen. Um auf Ihren Punkt zurückzukommen: Die Menschen wollen nicht auswandern. Sie wollen nicht in ein Boot steigen, es sei denn, die Überquerung des Mittelmeers in einem offenen kleinen Ruderboot oder einem anderen sehr wackeligen und gefährlichen Boot ist weniger gefährlich, als in ihrer Heimat zu bleiben. Wir können also diese erzwungene Migration stoppen. Es ist eine erzwungene Migration. Es ist keine freiwillige Migration. Wir können also gleichzeitig das Richtige für die Migranten und für die Stabilität in der gesamten Region tun. In diesem Land herrscht der Mythos, dass Migranten Drogen und Kriminalität mit sich bringen. Das ist jedoch falsch. Tatsächlich sind es die heißblütigen Amerikaner, die Drogen verbreiten und eine viel höhere Kriminalitätsrate aufweisen als Migranten. Es geht also schlicht darum, die Botschaft zu verbreiten. Und wir konzentrieren uns jetzt nach dieser Wahl verstärkt auf die Entwicklung der Graswurzelbewegung. Wir haben viele lokale Kandidaten. Uns stehen so um die 160 oder 70, 80 gewählte Lokalpolitiker zur Verfügung. Und sie werden sehr häufig wiedergewählt. Da

wir nun eine wirtschaftlich vielfältigere Basis haben, sind wir sehr zuversichtlich, dass wir viel mehr Spenden sammeln und viel mehr Kandidaten für lokale Ämter unterstützen können, wo es viel zu tun gibt. Zum Beispiel durch die Durchsetzung von Boykott, Desinvestition und Sanktionen auf lokaler Ebene, indem die Finanzierung von Konzernen eingestellt wird, die von Völkermord und Apartheid profitieren. Es gibt also viel Spannendes zu unternehmen.

ZR: Sie haben den Neoliberalismus erwähnt, und ein wichtiges Merkmal des Neoliberalismus ist ein starker Militärstaat, und das ist meine nächste Frage. Der designierte Präsident Donald Trump sorgte in Deutschland für großes Aufsehen, als er kürzlich eine 5-prozentige Erhöhung des Militärhaushalts der NATO-Staaten in Europa forderte, statt der bisherigen 2 %. Laut Euronews äußerte sich NATO-Generalsekretär Mark Rutte letztes Jahr ähnlich und erklärte, dass die 2-%-Schwelle der europäischen NATO-Mitglieder nicht ausreichte, um langfristig eine Abschreckung gegen Russland aufrechtzuerhalten, und dass die europäischen Bürger Opfer bringen sollten, einschließlich Kürzungen ihrer Renten-, Gesundheits- und Sicherheitssysteme, um die Militärausgaben in Europa zu erhöhen. Die etablierten politischen Parteien in Deutschland lehnten Trumps Forderung nach 5 % ab. Dennoch besteht Einigkeit darüber, die Ausgaben von 2 % zu erhöhen. Der Kanzlerkandidat der Grünen, Robert Habeck, sagte dem Magazin Der Spiegel, dass Deutschland in den kommenden Jahren 3,5 % anstreben sollte. Auch der Kanzlerkandidat der CDU, Friedrich Merz, der höchstwahrscheinlich Olaf Scholz als Kanzler folgen wird, bezeichnete 2 % als absolutes Minimum und betonte, dass durchaus noch Spielraum für mehr bestehe. Deutschland gibt derzeit 90 Milliarden Euro für das Militär aus, was etwa 2 % des NATO-Zielwerts entspricht. 5 % wären doppelt so viel, also etwa 214 Milliarden Euro. Können Sie unseren Zuschauern aus Sicht einer Person, die in einer militarisierten Gesellschaft wie den Vereinigten Staaten lebt und ihr ganzes Leben lang Widerstand dagegen geleistet hat, erklären, welche Auswirkungen höhere Militärausgaben nicht nur auf unsere Kultur, sondern auch auf das soziale Gefüge in Deutschland haben werden?

JS: Natürlich, und ich möchte die Menschen zum Nachdenken darüber anregen, was die Grünen in den Vereinigten Staaten tun würden. Wir sind eine ganz andere Art von Partei. Wir sind eine Grüne Partei, die ihren Wurzeln treu bleibt. Wir haben uns nicht der neoliberalen Agenda untergeordnet. Wir sind den eigentlichen grünen Werten des Friedens treu, der einer unserer Gründungswerte ist. Frieden und dezentralisierte Demokratie, Gesundheitsfürsorge ist ein Menschenrecht und dies alles, außerdem ist Umweltschutz von Bedeutung. Wir stehen also zu diesen Werten. Und man verliert sie alle, wenn man militarisiert. Man gibt sie alle auf, weil man in diesem Fall seine Mittel dafür einsetzt. Deshalb sollte man über eine Alternative nachdenken. Dieses Paradigma muss abgelehnt werden. Mit diesem Paradigma kann man nicht weitermachen. Es wird einen völlig ausbluten lassen. Vor kurzem hat Donald Trump Kanada damit gedroht, es wirtschaftlich unter Druck zu setzen, sollte es sich nicht den Vereinigten Staaten anschließen. Einer der grünen Abgeordneten im kanadischen Parlament sagte dazu, es seien doch eigentlich die Vereinigten Staaten, die sich Kanada anschließen sollten, denn dann hätten sie tatsächlich ein Gesundheitssystem. Und sie hätten nicht diese schreckliche, unterdrückerische, scheiternde Demokratie oder etwas in der Art. Aber ja, ich würde die Situation, die Europa aufgezwungen wird, wirklich auf den Kopf stellen. Ich

meine, warum scheitert die deutsche Wirtschaft überhaupt? Weil Biden sein Einverständnis gab oder, was wahrscheinlicher ist, die USA selbst die Nord-Stream-Pipeline sprengten und Ihnen billiges russisches Gas verweigerten, was Ihre Preise in die Höhe trieb, was Deutschland wiederum zum Kauf von US-Fracking-Gas zu weitaus höheren Preisen zwang und Ihre Wirtschaft ruinierte. Wie können Sie sich also von solchen Idioten beraten lassen, die Ihren Wohlstand zerstört haben? Wollen Sie mehr davon? Wie kann man nur so hirntot sein, dass man den Rat von denjenigen annimmt, die einen bereits im Grunde genommen über die Klippe geworfen haben? Sie wollen sich also nicht an der US-Wirtschaft orientieren, in der, wie ich bereits erwähnt habe, 66 % der Amerikaner jetzt von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck leben. 100 Millionen Amerikaner, das sind, wie Sie wissen, eine Menge Erwachsene, haben derzeit Schulden für medizinische Behandlungen. Viele, 42 [Millionen], leiden unter Verschuldung für ihr Studium, und wir haben zu wenige Arbeitsplätze. 50 % der Menschen haben Schwierigkeiten, ein Dach über dem Kopf zu behalten. Beobachten Sie, wie Ihre Gesundheitsstatistiken abstürzen und in Flammen aufgehen. Wir haben die niedrigste Lebenserwartung und die höchste Rate an chronischen Krankheiten, insbesondere Krebs, der sich jetzt im Altersspektrum nach unten bewegt. Es gibt also eine regelrechte Krebs epidemie unter jungen Menschen, unter 40 Jahren, eine der am schnellsten ansteigenden Krebsraten. So ist beispielsweise jeder dritte Amerikaner Diabetiker oder prädiabetisch. Wir sind eine sehr kranke Kultur, weil wir eine kranke Nation sind, weil unsere Demokratie ernsthaft krank ist. Man kann keine gesunden Menschen haben, wenn man über keine gesunde Demokratie und gesunde Wirtschaft verfügt. Das wird man nicht durch die neoliberale Agenda erreichen. Und lassen Sie mich sagen, dass nicht nur unsere Gesundheit, sondern unser Leben selbst auf dem Spiel steht. Denken Sie nicht einmal einen Moment an das Klima, denn es ist nicht so unmittelbar wie das Risiko einer nuklearen Gegenüberstellung, die leicht eintreten könnte. Tatsächlich provozieren die USA und Biden das gerade. Und Sie wissen wahrscheinlich, dass Russland jetzt über diese superschnellen Raketen verfügt, die Oreschnik, die mit einer Geschwindigkeit von etwa 2,9 Kilometern pro Sekunde fliegt, einfach absolut unvorstellbar. Und zusätzlich haben sie eine größere Waffe, die, glaube ich, Avangard heißt und mit etwa der doppelten Geschwindigkeit fliegt. Diese Raketen sind also unantastbar. Wir können uns nicht gegen sie verteidigen. Wir ziehen in den Krieg, Bumm. Es reicht, wenn sie eine Rakete entsenden, und schon ist der Flugzeugträger verloren. Er ist verloren. Und dabei geht es noch nicht einmal um Atomwaffen. Aber wir steigen gerade die Eskalationsleiter hinauf, und vielleicht heben wir uns das für eine andere Frage auf, bevor ich auf die Ukraine zu sprechen komme. Aber ich möchte nur sagen, dass unser Leben hier mit dieser neoliberalen militarisierten Agenda auf dem Spiel steht. Wir könnten uns alle hier sehr schnell in Rauch auflösen, ganz zu schweigen von der jüngsten Klimakrise, die sich gerade vor unseren Augen abspielt. 130.000 Menschen mussten gestern notfallmäßig evakuiert werden. Wenn man 130.000 Menschen aus irgendeinem Gebiet evakuiert, dann werden Menschen sterben. Das geschieht nun mal. Und wenn sie vor den Flammen fliehen, die sich schnell ausbreiten, ist das ein Notfall. Und so sieht die Zukunft aus. Das gilt in jeder Hinsicht. Wir haben keine funktionierende Gesellschaft, keine Gesundheit, kein Bildungssystem, was auch immer. Mit zunehmender Geschwindigkeit steuern wir hier auf den Abgrund zu. Also lasst uns aufwachen und aufhören, Anweisungen von den räuberischen Konzernen entgegenzunehmen, die von unseren Katastrophen profitieren, die sie für unsere Wirtschaft und unsere

Gesellschaft verursachen. Gemeinsam können wir das schaffen. Es ist keine Raketenwissenschaft. Lasst uns einfach den Menschen gegenüber verantwortlich sein und nicht dem großen Geld.

ZR: Ich möchte das Thema wechseln und mich auf Syrien konzentrieren. Heute vor einem Monat wurde Baschar al-Assad in Syrien von einer Reihe von Milizen gestürzt, vor allem von Hay'at Tahrir al-Sham, auch bekannt als HTS, angeführt von Abu Muhammad al-Julani, der sich jetzt Ahmad al-Sharaa nennt. In westlichen Ländern findet eine Neubewertung der Politik gegenüber Syrien statt, da HTS in der Vergangenheit mit Al-Qaida in Verbindung stand. Im Dezember entsandte das US-Außenministerium ein diplomatisches Team nach Damaskus und bekundete seine Bereitschaft, mit einer neuen Regierung zusammenzuarbeiten. Diese Woche kündigten die USA eine Aussetzung bestimmter Restriktionen gegen Syrien an, um Transaktionen zu ermöglichen, die für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und humanitärer Hilfe erforderlich sind. Dies wird vom Westen als erster Schritt zur Aufhebung des gesamten Sanktionsregimes gewertet. Darüber hinaus führen die USA derzeit Gespräche mit Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten über eine weitere Lockerung der Finanzrestriktionen gegen Syrien, unter der Bedingung, dass das Land alle Verbindungen zu Russland und dem Iran abbricht. Vor wenigen Tagen trafen sich die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und der französische Außenminister Jean-Noel Barrot als erste hochrangige Diplomaten der Europäischen Union mit dem syrischen de-facto-Führer Abu Muhammad al-Julani in Damaskus. Laut Baerbock ging es bei dem Treffen darum, festzustellen, ob die neue Regierung für den Schutz aller ethnischen und religiösen Überzeugungen eintreten würde, um, Zitat: „zu erörtern, ob ein solch integrativer politischer Prozess möglich ist und ob die Menschenrechte wirklich garantiert werden können. Die gesamte Frage einer Aufhebung der Sanktionen ist damit verknüpft“, Zitat Ende. Wie beurteilen Sie die Politik des Westens seit dem Sturz Assads? Glauben Sie, dass es dem Westen wirklich um die Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten geht, oder wird die Politik von anderen Faktoren bestimmt?

JS: Die USA haben in dieser Hinsicht eine Menge Erfahrung. Wenn sie nach Jahrzehnten des Imperialismus und des unverblühten Neokolonialismus plötzlich ein neues Kapitel aufschlagen würden, wäre das bemerkenswert. Aber es gibt absolut keinen Grund zu glauben, dass das passiert. Ich möchte anerkennen, dass es ein Gewinn für die Menschen in Syrien ist, die nicht länger einem sehr brutalen Diktator unterworfen sind. Das ist großartig. Und alle Menschen syrischer Abstammung und muslimische Amerikaner, die ich kenne, sind sehr erleichtert, dass sie oder ihre Verwandten nicht mehr der Brutalität von Assad ausgesetzt sind. Viele Akteure sind beteiligt, viele Faktoren spielen eine Rolle, aber allen voran steht hier das US-Imperium, das eindeutig mit den extremistischen Gruppen zusammengearbeitet hat. Wir wissen, dass sie etwa wie Timber Sycamore finanziert wurden, dieses CIA-Projekt, das eine Milliarde Dollar in die Förderung dieser oppositionellen, gewalttätigen Oppositionsgruppen und die Herbeiführung eines Bürgerkriegs investierte, oder zumindest in die Verschärfung des Bürgerkriegs. Es gibt hier viele miteinander verwobene Aspekte, aber einer davon ist die Operation zum gewaltsamen Regimewechsel, die von den USA durchgeführt wird. Es wäre ungewöhnlich, wenn dem nicht so wäre. So sind wir nun einmal. Wir haben seit dem Zweiten

Weltkrieg etwa 80 Regierungen gestürzt und Kriege gegen die anderen geführt. Das sind 80 Regimewechsel, auch ohne Kriege. Wir neigen also dazu, verdeckte Operationen durchzuführen. Und wie Larry Wilkerson betont, sind wir zur Kriegsführung nicht in der Lage. Wir müssen unsere Kriege aus allen möglichen Gründen auslagern, wir haben einfach nicht das Rückgrat oder die Stärke oder was auch immer. Wir kämpfen bis zum letzten Ukrainer, bis zum letzten Syrer oder bis zum letzten, wer auch immer. Wir sind es nicht. Wir profitieren von dem Ganzen und haben das Sagen. Wir sprechen von einer regelbasierten Ordnung, die aber definitiv nicht auf den Menschenrechten basiert. Die regelbasierte Ordnung ist nicht schriftlich niedergelegt. Sie richtet sich nach den aktuellen Ansprüchen derjenigen, die sie bestimmen. Wenn es also um Israel geht, nur zu. Sie können sich das Gebiet der Palästinenser, das Westjordanland, den Libanon oder Syrien aneignen. Nur zu. Aber sobald Russland versucht, seine Grenzen zu verteidigen, ist das auf keinen Fall mehr erlaubt. Das ist die regelbasierte Ordnung. Wir bestimmen die Regeln. Das ist verrückt. Und ich finde es sehr bedauerlich, dass der mögliche Neuanfang für Syrien gerade so aussieht, als würde er in eine Vasallenstellung gegenüber den USA und wahrscheinlich Israel und unserer Agenda für die globale Vorherrschaft umgewandelt werden. Das ist kein Geheimnis. So lautet unsere Militärpolitik: Dominanz entlang des gesamten Spektrums. Das bedeutet, dass keine Macht sich erheben darf. Nicht einmal eine Regionalmacht darf mit uns konkurrieren. Und der Iran ist sozusagen der Inbegriff dessen. Israel, oder besser gesagt, Netanjahu, hat die sieben Länder genannt, die er stürzen wollte. Das war, glaube ich, Anfang der 1990er Jahre. In einem Buch hat er diese sieben Länder aufgeführt. Es handelte sich um dieselben sieben Länder, die direkt nach dem 11. September erwähnt wurden, als – ich habe seinen Namen gerade vergessen, aber es war ein ehemaliger NATO-Direktor, der die sieben Länder nannte, die man ins Visier nehmen würde. Man teilte ihm im Pentagon mit, gab ihm ein Blatt Papier: Das sind die sieben Länder, die wir nach dem 11. September ins Visier nehmen werden. Nicht, dass eines von ihnen mit dem Anschlag in Verbindung gestanden hätte. Saudi-Arabien stand nicht auf dieser Länderliste. Es waren der Irak, der Iran, Syrien, Libyen, Somalia, der Sudan und ein weiteres Land, das ich vergessen habe. Aber jedes Land, das Israel als nicht in seinem Orbit befindlich ansieht, und das entspricht der Aussage – denn Israel agiert als Stellvertreter für die USA, Israel ist das unsinkbare Schlachtschiff der USA, wie Ronald Reagans Verteidigungsminister Caspar Weinberger es ausdrückte, ist Israel das unsinkbare Schlachtschiff der USA. Und Israel braucht diese Länder, um seine Agenda durchzusetzen, und das gilt auch für die USA. Es geht um die Aufrechterhaltung der globalen Vorherrschaft, die Kontrolle über die globalen Ressourcen und dergleichen. Daher ist es nicht überraschend, dass Syrien diese Bedingungen auferlegt werden. Allerdings befinden sich die USA meiner Meinung nach nicht in einer Position der Stärke. Die USA setzen jetzt alles auf eine Karte, weil sie wissen, dass ihre Tage als Pseudo-Herrscher der Welt gezählt sind. Wir waren es gewohnt, die Welt zu regieren, aber das tun wir nicht mehr. Wir sind nicht mehr die dominierende Wirtschaftsmacht. Und die militärische Macht richtet sich nach der Wirtschaft. Russland hat uns in dieser Hinsicht schnell überholt. Wir sollten uns jetzt nicht mit militärischen Konfrontationen befassen, weder mit Russland noch mit China, denn sie alle verfügen über Hochgeschwindigkeitsraketen, mit denen sie uns im Handumdrehen vernichten können. Bitte verüben Sie also keinen kollektiven Selbstmord an der gesamten Menschheit, wie es die US-Führung derzeit zu verlangen scheint. Und ich hoffe, dass Europa seine

Denkfähigkeit wiedererlangt und keine Anweisungen mehr von einem untergehenden Imperium entgegennimmt.

ZR: Wenden wir uns nun dem Krieg in der Ukraine zu, und ich möchte zunächst einige der Entwicklungen für unsere Zuschauer zusammenfassen. Seit dem Wahlsieg von Donald Trump bei den US-Wahlen im November letzten Jahres haben sich die Angriffe der Ukraine auf Russland intensiviert. Eine Woche nach der Wahl feuerte die Ukraine nach dem Erhalt des grünen Lichts von Präsident Biden erstmals seit Beginn des Krieges britische und US-amerikanische Marschflugkörper auf russisches Gebiet ab. Wie Sie bereits erwähnt haben, reagierte Russland mit dem Abschuss einer ballistischen Hyperschallrakete auf die ukrainische Stadt Dnipro und aktualisierte außerdem seine Nukleardoktrin, nach der es nun Atomwaffen gegen Länder wie die Ukraine einsetzen darf, die von einer Nuklearmacht unterstützt werden. Obwohl der gewählte US-Präsident Donald Trump am 7. Dezember in Paris mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj, und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zusammentraf und einen sofortigen Waffenstillstand forderte, ermordete die Ukraine zehn Tage später den russischen General Igor Kirillow, den Leiter der nuklearen, biologischen und chemischen Verteidigungskräfte. Am 30. Dezember 2024 genehmigte US-Präsident Biden ein Militärhilfepaket in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar für die Ukraine. Zudem bestätigte das russische Verteidigungsministerium am 5. Januar, dass ukrainische Streitkräfte einen neuen Angriff in Kursk eingeleitet hätten, einer Region in Russland, die im vergangenen August durch einen Überraschungsangriff der Ukraine eingenommen wurde. Russland hat sich diese Region nach und nach zurückerobert, während es gleichzeitig in der Ostukraine beträchtliche Fortschritte erzielt hat. Der ukrainische Präsident Selenskyj, fordert Sicherheitsgarantien, mit anderen Worten eine Art NATO-Mitgliedschaft. In einem Interview in Lex Fridman's Podcast sagte er kürzlich, ich zitiere: „Trump und ich werden eine Einigung erzielen und ... gemeinsam mit Europa starke Sicherheitsgarantien anbieten, woraufhin wir mit den Russen in Gespräche treten können.“ Wie beurteilen Sie die derzeitige Kriegsstrategie der Ukraine sowie ihr Beharren auf einen NATO-Beitritt? Und warum ist die NATO Ihrer Meinung nach in dieser Frage so zögerlich, obwohl sie verkündet hat, die Ukraine so lange wie nötig zu unterstützen?

JS: Meiner Meinung nach sind die USA in dieser Hinsicht ziemlich nachlässig. Und das scheint ansteckend zu sein. Europa ist in dieser Hinsicht ebenfalls fahrlässig. Das ist wirklich außergewöhnlich. Ich würde sagen, man sollte mit den Verhandlungsführern in Kontakt treten, denn ihnen ist bewusst, dass es Möglichkeiten zur Schaffung von Sicherheitsgarantien für alle gibt. Es handelt sich nicht um eine Sicherheitsgarantie, sofern diese die Stationierung von NATO-Raketen oder Raketen anderer Länder an der russischen Grenze beinhaltet. Man muss sicherstellen können, dass Russland nicht mit einer Kubakrise konfrontiert ist. Hierzulande sollten wir wissen, womit wir es bei einer Kubakrise zu tun haben, denn wir waren in der umgekehrten Situation, in der Russland seine Raketen praktisch an unserer Grenze stationiert hatte, bereit, einen Atomkrieg zu riskieren. Wir haben unsere Atomwaffen entsendet. Sie waren in der Luft, in den Flugzeugen, und sie verblieben in den Flugzeugen, bis die Verhandlungen abgeschlossen waren, ich weiß nicht, elf, zwölf Tage oder so. Wir waren die ganze Zeit über zu einem Atomkrieg bereit, bis die Raketen aus Kuba abgezogen

wurden. Damals wurde dies nicht öffentlich bekannt gegeben, aber wir haben uns auf den Abzug unserer in der Türkei stationierten Raketen geeinigt, die sich in unmittelbarer Nähe zu Russland befanden. Russland hat also eigentlich nur das erwidert, was wir Russland bereits zugemutet hatten. Wir haben also eine gegenseitige Vereinbarung getroffen. Und dann schlossen wir Atomverträge und dergleichen, wie den INF-Vertrag, der Mittelstrecke-Nuklearstreitkräfte-Vertrag den die USA, glaube ich, 2017 unter Trump aufkündigten. Wir haben diesen Vertrag aufgelöst, um, nun ja, sagen wir, um diese Raketen an der Grenze zu Russland zu stationieren, weshalb Russland dann mit der Entwicklung der Oreschnik fortfuhr. Und sie haben uns übertroffen. Wir werden unsere gesamten Ressourcen für das nächste Wettrüsten in diesem Bereich aufwenden. Sollten wir unsere Ressourcen so einsetzen? Oder sollten wir einfach für Sicherheit sorgen und die imperiale Außenpolitik der USA aufgeben? Wir brauchen eine Außenpolitik, die auf internationalem Recht, Menschenrechten und Diplomatie basiert, nicht auf globaler, wirtschaftlicher und militärischer Vorherrschaft. Das ist keine Raketenwissenschaft. Wir müssen uns wie Erwachsene verhalten, die mit einer Gemeinschaft von Erwachsenen Gespräche führen, verhandeln und Lösungen erarbeiten können, und nicht wie Rüpel auf dem Schulhof, wie es die USA gewohnt sind. Das wird nicht funktionieren. Und denken Sie daran, sie haben schwerere Geschütze als wir. Was schlagen Sie also vor? Wir müssen jetzt um unser eigenes Überleben verhandeln. Das ist absoluter Wahnsinn. Holen Sie also Scott Ritter an Bord. Er hat viele gute Ideen. Er war schon als Verhandlungsführer tätig. Holen Sie Larry Wilkerson, holen Sie Jeffrey Sachs an Bord. Diese Leute wissen, wie man vorgeht. Bedauerlicherweise haben die Idioten im US-Außenministerium und im Weißen Haus keine Ahnung. Lassen wir das also hinter uns. Wir dürfen uns nicht von dieser schwachsinnigen Außenpolitik in die Tiefe ziehen lassen. Man muss kein Raketenwissenschaftler sein, um herauszufinden, wie man die Sicherheit der russischen Grenze gewährleisten und eine Lösung für die Ukraine erarbeiten kann. Vor allem aber müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, dass die NATO bis an die russische Grenze expandieren wird. Das war in den letzten 30 Jahren das Ziel der US-Politik gegenüber der Ukraine. Diese Zeiten sind vorbei. Wir müssen uns davon verabschieden, denn das würde zu einem Atomkrieg führen. Das können wir nicht tun. Wir müssen uns also davon verabschieden und vernünftig sein. Wenn Sie sich mit der Geschichte Russlands und dem Potenzial des Landes auskennen würden, dann wüssten Sie, dass Russland hier lediglich seine Grenzen verteidigt. Es befindet sich nicht auf einer imperialen Mission, um ein glorreiches russisches Reich aus früheren Jahrhunderten wiederherzustellen. Das ist nicht möglich. Und Russland hat auch nicht die Absicht, dies zu erreichen. Russland hat einem Friedensvertrag zugestimmt, der direkt nach Ausbruch des Krieges unter der Schirmherrschaft der Türkei ausgehandelt wurde. Russland hat also gezeigt, dass Verhandlungen, Einigungen und Kompromisse möglich sind. Dasselbe müssen wir jetzt tun, und zwar schnell. Es wird nicht einfacher werden, was darauf zurückzuführen ist, dass Russland diesen Krieg gewinnt. Und den USA geht langsam der Atem aus. Trump will den Waffenfluss in die Ukraine einschränken. Aber darauf kann man sich nicht wirklich verlassen. Die Amerikaner sind es leid. Dasselbe gilt für die Menschen in der Ukraine, die in Umfragen mehrheitlich ein Ende des Krieges fordern. Dieser Krieg begann mit dem von den USA unterstützten Putsch im Jahr 2014, der zu dieser sehr spaltenden Regierung führte. Die vorherige Regierung strebte einen ausgewogenen Ansatz an. Und es gibt Möglichkeiten, dies

zu erreichen. Aber wir waren die treibende Kraft, die dieses Problem hier polarisiert und in Richtung Konfrontation und Gewalt beschleunigt hat. Es liegt also in unserer Macht, dies zu beheben.

ZR: Ich möchte das Interview mit Gaza beenden und die dortige humanitäre Lage beleuchten. Namhafte Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch haben kürzlich in ihren Untersuchungen festgehalten, dass Israel in Gaza einen Völkermord begeht. Darüber hinaus hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im vergangenen Jahr Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie den Militärbefehlshaber der Hamas, Mohammed Deif, erlassen. In Bezug auf die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant erklärte der IStGH, dass sie für das Kriegsverbrechen verantwortlich sind, Hunger als Kriegswaffe einzusetzen, und sich durch Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Die Situation in Gaza ist heute mit über 46.000 Toten unerträglich geworden. Al Jazeera berichtete am heutigen Tag, dass allein in den letzten 24 Stunden mindestens 70 Palästinenser bei israelischen Luftangriffen getötet und weitere 104 verletzt wurden. Die Vereinten Nationen veröffentlichten am 4. Januar einen Bericht, in dem dokumentiert wurde, wie Neugeborene im Gazastreifen an Unterkühlung sterben, ausgelöst durch die kalten Wetterbedingungen. Unterkünfte und Vorräte, die ihr Leben hätten retten können, müssen noch immer von den israelischen Behörden genehmigt werden. Erst heute haben 800 Eltern von israelischen Soldaten und Reservisten den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu zum Ende des Krieges aufgefordert und betont, dass sie nicht wollen, dass Gaza zum Friedhof für ihre Kinder wird. Wie ist die allgemeine Stimmung in den Vereinigten Staaten gegenüber dem Leid in Gaza? Anfang 2024 gab es viele Studentenproteste. Es gab viele Demonstrationen. Können Sie zunächst auf die Stimmung in den Vereinigten Staaten eingehen? Und zweitens, wie wird das Leben für die Palästinenser nach Trumps Amtsantritt wohl aussehen?

JS: Wirklich großartige Fragen. Ich habe den Eindruck, dass die Stimmung in den USA extrem verzweifelt ist. Schon kurz nach Ausbruch des Völkermords hat sich die öffentliche Meinung stark zugunsten der Palästinenser und gegen den Völkermord gewandelt. Im November, vor anderthalb Jahren, betrug der Anteil 68%. Wenig später sprach sich die Öffentlichkeit mit großer Mehrheit für einen sofortigen Waffenboykott gegen Israel aus, was völlig beispiellos ist. Die Menschen sind also entsetzt, absolut entsetzt. Und ich muss sagen, dass der derzeitige Angriff auf das Krankenhaussystem – wobei ich dem medizinischen Personal des Kamal-Adwan-Krankenhauses im Norden von Gaza, das niedergebrannt wurde, meine Anerkennung aussprechen möchte. Dr. Hussam Abu Safiyya, ein unglaublicher Held, Kinderarzt und Direktor des Krankenhauses, wurde zusammen mit anderen medizinischen Mitarbeitern zusammengeschlagen und dann im Grunde genommen entführt. Und es gab Berichte von anderen freigelassenen Gefangenen, dass er im gefürchteten Sde Teiman ist, soweit ich weiß. So etwas wie das Guantanamo Bay von Israel. Es ist ein schreckliches Folterzentrum. Er befindet sich wahrscheinlich dort. Er ist jetzt seit etwa zehn Tagen in Haft und verschwunden. Wir sind also verzweifelt angesichts der Geschehnisse, verzweifelt nach seiner Freilassung und seiner sicheren Rückkehr, zusammen mit den anderen Mitarbeitern

des Gesundheitswesens. Aber im Allgemeinen hört man jeden Tag, wie Sie sagen, dass Babys erfrieren, lebendig verbrennen, bombardiert und mit Drohnen beschossen werden. Und Israel entwickelt unterdessen am Massachusetts Institute of Technology (MIT) weitere Waffen für den Völkermord. Das ist ein guter Indikator dafür, wie es um die Studenten steht. Vor ein paar Monaten konnten sie einen Vertrag mit Lockheed Martin kündigen. Inzwischen haben sie einen Vertrag offengelegt, der ihrer Meinung nach illegal ist, und das könnte durchaus der Fall sein. Ich kenne die Regeln nicht, aber anscheinend hat das MIT einen geheimen Vertrag mit der Knesset, der im Grunde die Herstellung von KI-Robotern für den Völkermord vorsieht, und spezielle Innovationen, die absolut erschreckend sind, die es Drohnen ermöglichen, sich miteinander zu vernetzen, sodass anstelle einzelner Drohnenangriffe eine ganze Armee von Drohnen zum Einsatz kommt oder anstelle eines einzelnen Roboterhundes eine Vielzahl dieser Roboterhunde. Es handelt sich um eine wirklich bahnbrechende, geheime Forschung, die von den Studenten aufgedeckt wurde. Sie haben die Finanzierung aufgedeckt und bis zur israelischen Knesset zurückverfolgt. Sie arbeiten intensiv an der Annullierung des Vertrags und erwarten, dass es schon bald bahnbrechende Meldungen zu diesem Thema geben wird. Erst kürzlich gaben sie ihr erstes großes Interview zu diesem Thema und ich denke, dass es den Leuten wirklich unter die Haut gehen wird. Gleichzeitig koordiniert Israel ihr Ausschlussverfahren, mit dem Ziel, diese Studenten zu exmatrikulieren, da sie den mörderischen Verrat hier am MIT aufgedeckt haben, wo diese Forschung weitergeführt wird und man daran beteiligt ist. Ich denke, das ist ein Beispiel, wie die Stimmung derzeit ist. Man ist wütend und kampflustig. Wir sind es leid, unterdrückt und niedergehalten zu werden von Polizisten, die von den israelischen Besatzungstruppen ausgebildet und in Polizeistädten trainiert wurden, die uns auf dem Campus zum Schweigen bringen. Die Leute bewegen sich ein bisschen so, als hätten sie Zwangsjacken an, aber sie werden sich nicht lange zurückhalten lassen, denn es gibt andere Formen des Widerstands. Und es gibt derzeit eine wirklich intensive Diskussion darüber, welche anderen Gegenmaßnahmen es gibt. Und ich persönlich denke, dass wir eher früher als später einen massiven Boykott, einen kollektiven Krankheitsausfall oder einen Generalstreik benötigen, weil sie unsere Untätigkeit nicht bestrafen können. Sie können Sie bestrafen, wenn Sie demonstrieren. Sie können Sie aufgrund der Ausübung unserer verfassungsmäßigen Rechte verhaften. Leider können sie das und tun es auch, und zwar sehr gewaltsam. Aber sie können einen nicht verhaften, weil man die Wirtschaft für eine Woche oder auch nur einen Tag stilllegt. Genau hier wird meiner Meinung nach jetzt organisiert, und zwar in größeren Zusammenhängen, denn wir können so nicht leben. Und es gibt Erfolge. Die Menschen finden andere Formen des Widerstands. In Kalifornien, Alameda County, hat sich eine Gruppe von gemeinnützigen Organisationen zusammengeschlossen und den Stadtrat dazu gedrängt, seine Verträge mit Caterpillar zu kündigen, das die Besatzung, die Verwüstung und den Völkermord unterstützt und davon profitiert. So ist es ihnen gelungen, einen sehr wichtigen BDS-Vertrag auf der Ebene des Stadtrats zu verabschieden. In Kalifornien gibt es derzeit Gerichtsverfahren. Zwei Kongressabgeordnete werden derzeit von ihren Wählern verklagt, weil sie Steuergelder zweckentfremdet und gegen unsere Werte und unseren ausdrücklichen Willen eingesetzt haben. Dies sind einige der kreativen Strategien, die die Menschen allmählich erforschen und sie beginnen, sich zu vernetzen. Es herrscht eine kämpferische Stimmung, weil die Menschen einfach begreifen, dass das Völkerrecht und die Menschenrechte zunichte gemacht werden

und dass Folter und Mord an Kindern in industriellem Maßstab normalisiert werden. Früher oder später wird uns das zum Verhängnis. Wenn wir das Völkerrecht in einem verletzlichen Land in Übersee zerstören, dann werden wir eines Tages selbst betroffen sein, da wir nicht mehr die Stärksten sind. Wer das in seiner Nachbarschaft erleben möchte, kann natürlich gerne wegschauen. Wenn nicht, ist es an der Zeit, sich zu erheben und dagegen vorzugehen.

ZR: Dr. Jill Stein, Ärztin, Aktivistin und frühere Präsidentschaftskandidatin der Grünen, vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit für uns genommen haben.

JS: Es war wie immer ein tolles Gespräch mit Ihnen, Zain. Machen Sie weiter so. Vielen Dank.

ZR: Und vielen Dank für Ihr Interesse heute. Wenn Sie sich dieses Video bis zum Ende angesehen haben, nehmen Sie sich bitte noch einen Moment Zeit und informieren Sie sich in der Beschreibung dieses Videos darüber, wie Sie unsere Crowdfunding-Kampagne unterstützen können, die in einem Tag endet. Für unseren Journalismus nehmen wir keinerlei Gelder von Konzernen oder Regierungen an und akzeptieren nicht einmal Werbung. Unser Ziel ist es, Ihnen Informationen zu bieten, die frei von jeglichem externen Einfluss sind, Informationen, die Sie in den Leitmedien einfach nicht hören werden. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE